

Kreistagsfraktion DIE LINKE Birkenfeld - Haushaltsrede 14. Dezember 2015

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landrat,

wir bedanken uns bei Herrn Dr. Schneider und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für den vorgelegten Haushaltsentwurf.

15 Jahre neoliberale Bundespolitik, Steuergeschenke für Reiche und große Unternehmen zeigen immer mehr ihre verheerenden Auswirkungen.

Laut einem aktuellen Bericht des Deutschen Städte- und Landkreistages sind mittlerweile die Kommunen in Deutschland mit 144,9 Milliarden Euro verschuldet.

Hinzu kommt ein massiver Investitionsstau von rund 132 Milliarden Euro.

Bei Schulen, Straßen und öffentlichen Gebäuden wird seit Jahren eher geflickt als grundlegend renoviert.

Diese Entwicklung zeigt, dass ein grundsätzliches Umsteuern dringend notwendig ist.

Es gibt keine Alternative zu einer Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Kommunen, die **dauerhaft zu einer aufgabengerechten Finanzausstattung** der Städte und Gemeinden führt. Vor allem müssen die Kommunen nachhaltig von Sozialausgaben entlastet, die Steuerbasis der Städte und Gemeinden stabilisiert und das **Altschuldenproblem** gelöst werden.

Vor diesem Hintergrund ist auch der Haushalt des Kreises Birkenfeld zu betrachten. Auch wenn sich durch die Flüchtlingsthematik die Prioritäten dramatisch verschoben haben, sind unsere Probleme immer noch die gleichen.

Zur Bewältigung seiner Aufgaben erhält der Kreis Birkenfeld von Bund und Land viel zu wenig Geld.

Die Verbesserungen im Finanzausgleich sind lobenswert, aber nicht ausreichend.

Auch das Kommunale Investitionsförderprogramm des Bundes in Rheinland-Pfalz ist nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Von den zwischen dem Kreis, den Verbandsgemeinden und der Stadt Idar-Oberstein aufgeteilten 7,24 Millionen für die Jahre 2016 bis 2018 bleiben 4,22 Millionen beim Kreis. Immerhin werden diese sinnvoll in die energetische Sanierung von Schulen und Verwaltungsgebäuden gesteckt.

Der Gesamtergebnishaushalt 2016 weist voraussichtlich einen erneuten Jahresfehlbetrag von rund 10,3 Mio. Euro aus. Das bedeutet, dass sich die Schulden des Kreises von 76,7 Mio. auf 87,0 Mio. Euro erhöhen werden.

Damit nehmen auch die Kredite zur Liquiditätssicherung zu, die von **0 Euro** im Jahr 2001 innerhalb von nur 15 Jahren bis Ende 2016 auf **125 Mio. Euro** steigen werden und Ende 2018 dann gar **141 Mio. Euro** betragen sollen.

Vor diesem schwierigen Hintergrund finden wir es gut, dass, nachdem 2015 die Reparatur größerer Schäden an Kreisstraßen im Haushalt nicht vorgesehen war und dies von den LINKEN heftig kritisiert wurde, nun hierfür wieder etwas mehr Geld zur Verfügung gestellt wird.

Um den Verfall unserer Straßen zu stoppen, ist dies aber immer noch viel zu wenig.

Dazu müssten pro Jahr über 2 Millionen Euro ausgegeben werden, und solange das bestehende Straßennetz nicht erhalten werden kann, macht es keinen Sinn über den Bau neuer Straßen im Kreis nachzudenken.

Wir begrüßen es auch, dass der Kreis als freiwillige Leistung an der Förderung der Tourismuswirtschaft festhält.

Ob sich das neue Konzept der Naheland-Touristik für den Kreis Birkenfeld positiv auswirkt, wird sich aber erst in einigen Jahren zeigen.

Die Fertigstellung der einzigartigen Radweg-Brücke zwischen Enzweiler und Hammerstein ist erfreulich. Ebenso, dass die Kreisverwaltung weitere Erleichterungen für Radfahrer im Gebiet von Idar-Oberstein plant, um den Nahe-Radweg im Kreisgebiet noch attraktiver zu gestalten.

DIE LINKE verteidigt das Grundrecht der Menschen auf gute und bezahlbare Mobilität.

Nach etlichen Verbesserungen in der Linienplanung, die auch durch Anregungen der LINKEN zustande kamen, müssen wir jetzt leider befürchten, dass sowohl die Kreisverwaltung, als auch einige Fraktionen den ÖPNV ausdünnen wollen, ohne zumindest gleichwertige Alternativen anzubieten. Für Personen, die sich ein Auto oder ein Taxi leisten können ist das alles natürlich kein Problem.

Wir aber denken auch an die Älteren oder an die Menschen, die zu arm sind, um sich das leisten zu können.

Deshalb lehnen wir Kürzungen im ÖPNV strikt ab und erinnern an das Landesgesetz über den öffentlichen Personennahverkehr, das in Paragraph 2 eine ausreichende Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen vorsieht.

Da ÖPNV im ländlichen Raum sowieso nicht kostendeckend funktioniert, wäre es gut, wenn der Kreis zusammen mit den Verbandsgemeinden ein Gesamtkonzept für kostenlose kleinere Bürgerbusse entwickeln könnte. Das kann entweder, wie es in den Verbandsgemeinden Birkenfeld, Baumholder und Herrstein bereits kleinteilig unter Einbeziehung Ehrenamtlicher umgesetzt wird oder über eine Verkehrsumlage aller Einwohner erfolgen.

Auch vom Land Rheinland-Pfalz muss **sein** Beitrag für einen guten ÖPNV im Nationalparkkreis eingefordert werden. Umweltstaatssekretär Thomas Griese sagte kürzlich Zitat: „Nationalparkbuslinien, Hunsrück-Pass, Radrouten und Elektromobilität. Wir wollen die Erreichbarkeit des Nationalparks Hunsrück-Hochwald verbessern.“

Die Realität sieht leider anders aus.

Wenn statt einer Attraktivitätssteigerung der ÖPNV ausgedünnt wird, ist es nur noch ein kleiner Schritt, bis die Dörfer nach und nach aufgegeben, und sich die immer älter und immer weniger werdenden Menschen auf die Städte Idar-Oberstein und Birkenfeld konzentrieren werden.

Thema Müllentsorgung.

Viele Städte und Kreise erkennen, dass eine Rekommunalisierung der Müllabfuhr Kosten spart. In unserer unmittelbaren Nachbarschaft hat sich nach dem Rhein-Hunsrück-Kreis jetzt auch der Kreis Bad Kreuznach zur Rekommunalisierung entschlossen und hofft damit rund eine halbe Million Euro zu sparen.

Wir fordern die Kreisverwaltung und die Abfallwirtschaftsbetriebe auf, ernsthaft zu prüfen, den Vertrag mit der Firma Remondis nicht mehr zu verlängern und die Müllabfuhr wieder in Eigenregie zu übernehmen.

Ganz und gar **nicht** einverstanden sind wir, mit der zur Zeit diskutierten Einrichtung von Wertstoffhöfen und der gleichzeitigen Reduzierung der jährlichen Sperrmüllabfuhr von 3 auf nur noch 2.

Nur Reiche können sich ein solches Vorgehen leisten!

Die Mehrzahl der Menschen, insbesondere Alte und Geringverdiener, verfügen über keinen PKW mit Anhänger, um Elektroschrott oder dergleichen bei den Wertstoffhöfen abzuliefern.

Wir lehnen es ganz klar ab, dass der Kreis sein Abfallkonzept nur an Vermögenden ausrichten und sich aus der Daseinsvorsorge für Alte, Kranke und Arme zurückziehen will!

Natürlich lehnen wir auch die erneute Erhöhung der Kreisumlage ab, weil wir wissen was das für die Kommunen bedeutet. Allein für die Stadt Idar-Oberstein macht die Erhöhung der Kreisumlage Mehraufwendungen von 585.000 Euro aus.

Gleichzeitig soll auf Druck der ADD die Stadt 220.000 Euro, davon im freiwilligen Bereich 110.000 Euro, einsparen. Dies soll dadurch erreicht werden, dass städtische Grundstücke verkauft, notwendige Renovierungen ausgesetzt, Stellen nicht mehr neu besetzt, Lehrschwimmbecken geschlossen und in den Bereichen Tourismus und Kultur Einsparungen vorgenommen werden.

Für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung ist dies aber garantiert der falsche Weg!

Wir alle wissen es, und auch der Landesrechnungshof stellt dies in bemerkenswerter Klarheit fest, dass der sogenannte Kommunale Entschuldungsfonds sein Ziel der Entschuldung verfehlt.

Weder die Kommunen noch der Kreis sind dafür verantwortlich zu machen, dass das von Land und Bund zur Verfügung gestellte Geld immer noch nicht ausreicht, um die Aufgaben angemessen zu finanzieren.

Die schwarze Null des Bundeshaushaltes sind die tiefroten Zahlen der Kommunen. Während Reiche, Millionäre und Großunternehmen seit vielen Jahren durch den Verzicht auf gerechte Steuern geschont werden, muss die Bevölkerung im Kreis Birkenfeld die Zeche zahlen.

Viele Positionen im Kreishaushalt sind auch, man höre und staune, **für uns** in Ordnung.

Insbesondere beim ÖPNV und der Müllentsorgung befürchten wir aber, dass die sowieso schon von der Politik sozial benachteiligten Menschen weiter abgehängt werden.

Da trotz einer weiteren Erhöhung der Kreisumlage, mit allen von der ADD in Kauf genommenen negativen Auswirkungen auf die Kommunen, der Kreis jedes Jahr zusätzliche Schulden machen muss, und er aus eigener Kraft aus dieser Schuldenfalle auch nicht mehr herauskommt, ist dies "Insolvenzverschleppung".

Deshalb bleibt der LINKEN nichts anderes übrig als auch diesen Haushalt, der in Teilbereichen unsoziale Tendenzen erkennen lässt, abzulehnen.